

Stand: 07.06.2026 01:34:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1992

"Impfpflicht für Soldaten abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1992 vom 26.04.2024
2. Mitteilung 19/2384 vom 10.06.2024



Antrag

der Abgeordneten **Ramona Storm AfD**

Impfpflicht für Soldaten abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Corona-Impfpflicht für Bundeswehrangehörige abzuschaffen.

Begründung:

Auch wenn die Corona-Impfpflicht für Soldaten umstritten ist, wurde sie immer noch nicht aufgehoben. Noch im letzten Jahr wurden einzelne Soldaten verurteilt, weil sie sich weigerten, der COVID-19-Impfpflicht der Bundeswehr nachzukommen. Mittlerweile gibt es allerdings verschiedene Studien, die nicht nur die Wirksamkeit dieser Impfung infrage stellen, sondern – im Gegenteil – auch nachgewiesen haben, dass der Impfstoff zu gravierenden gesundheitlichen Schäden führen kann. Unter anderem wurden Daten von über 99 Mio. Geimpften aus acht Ländern ausgewertet – wenn auch ohne Deutschland.

Kürzlich entschied zudem das höchste Gericht der USA, dass die sogenannten COVID-19-Impfstoffe keine Impfstoffe sind! In seiner Entscheidung bestätigt das Gericht außerdem, dass Schäden, die durch die mRNA-COVID-Gen-Therapie verursacht wurden, unumkehrbar sind. In den USA müssen jetzt Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Impferweigerung entlassen wurden, wieder eingestellt werden und ihren entgangenen Lohn ersetzt bekommen.^{1 2 3}

¹ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/143474/Soldaten-muessen-sich-weiter-gegen-Corona-impfen-lassen>

² <https://www.foxnews.com/us/new-york-supreme-court-reinstates-all-employees-fired-being-unvaccinated-orders-backpay>

³ https://www.focus.de/gesundheit/news/99-millionen-probanden-grosse-studie-identifiziert-die-haeufigsten-nebenwirkungen-der-corona-impfung_id_259695927.html



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Ramona Storm AfD

Drs. 19/1992

Impfpflicht für Soldaten abschaffen

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/1992 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt